Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 1.25 Mk., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 3.75, durch Botboten ins Haus gebracht M. 4.17. Erscheint täglich, ausschl. Sonn- und Feiertags. Geschäftsst.: Bocholt, Nordstr. 27 Fernspr. 92. Rhede. [illegible] Anholt Wilhelm Molling.

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 20 Pf., für Auswärtige 25 Pf. Textanzeige kosten die Kleinzeile 80 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß. Auskunft- und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung, Konkursen u. s. w. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

48. Jahrgang — Montag, den 7. Juli 1919 — Nummer 160

Zentrum und Schulfrage.

* **Berlin,** 4. Juli. Am 3. Juli beriet der **Unterrichtsausschuß** der preußischen Landesversammlung erstmalig über den Gesetzentwurf betreffend **Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht.** Bei dieser Gelegenheit verlas der Abgeordnete Dr. Lauscher im Auftrage der Zentrumsfraktion und ihrer Hospitanten folgende **grundsätzliche Erklärung:**

Ueber unsere Stellungnahme gegenüber der beabsichtigten Beseitigung der geistlichen Volksschulaufsicht haben wir uns sowohl bei der Beratung des Antrages Herrmann wie auch bei der Einbringung des vorliegenden Gesetzentwurfs klar und bestimmt ausgesprochen. Wir haben die Mängel der fraglichen Einrichtung zugegeben. Wir haben die von der Lehrerschaft erwogene Forderung der Fachaufsicht als berechtigt anerkannt und uns bereit erklärt, ihr zuzustimmen, wenn der bisher durch die geistliche Ortsschulaufsicht verbürgte **Einfluß der Kirche auf die Schule** in anderer Weise genügend sicher gestellt würde. Wir haben zugleich mit stärkstem Nachdruck betont, daß wir an dieser Bedingung unter allen Umständen festhalten müßten.

Inzwischen haben wir den Eindruck gewonnen, daß vorläufig wenig oder keine Geneigtheit besteht, diese Bedingung zu erfüllen. Seitens der Regierung ist der durch den Abgeordneten **Kamp** namens unserer Fraktion ausgesprochenen Bitte, der Herr Minister möge sich mit dem preußischen Episkopat in Verbindung setzen und mit diesem eine anderweitige Form für die Wahrnehmung des kirchlichen Einflusses auf die Schule vereinbaren, zu unserem Bedauern nicht entsprochen worden. Daß diese Haltung des Ministers mit den Anschauungen und Wünschen seiner eigenen, wie auch der deutsch-demokratischen Fraktion übereinstimmt, unterliegt nach den Ausführungen der Sprecher beider Fraktionen in der 23. und 24. Sitzung der preußischen Landesversammlung keinem Zweifel. Der Wortführer der deutsch-demokratischen Partei hat es bei dieser Gelegenheit sogar für angezeigt gehalten, die Regierung in eindringlichster Form und in beinahe drohendem Tone zu ermahnen, daß sie sich nur ja nicht verleiten lasse, den Geistlichen, dem jetzt die Tür der Ortsschulaufsicht verschlossen werde, durch eine andere Tür doch wieder in die Schule einzulassen.

Aus alledem ergibt sich mit ziemlicher Gewißheit, daß weder die Regierung noch die genannten Parteien, die schon für sich allein eine Mehrheit in der Landesversammlung darstellen, gewillt sind, unserer Forderung, auf die wir aus gewissen Gründen nicht verzichten können, Rechnung zu tragen. Sie sind augenscheinlich der Meinung, daß diese Forderung keinen Anspruch auf Berücksichtigung habe, weil eben **der Kirche ein Recht auf die Schule überhaupt nicht zustehe.** Ein solches Recht besitzt nach ihrer Ansicht **nur der Staat;** ihm müsse es also überlassen bleiben, ob er die Kirche zu irgendwelcher Teilnahme an der Bildungsarbeit der Schule zulassen oder sie davon ausschließen wolle, und man scheint gesonnen, das letztere zu wählen.

Zu diesem Standpunkt befinden wir uns im schärfsten Gegensatz. Wir lehnen ihn aufs Entschiedenste ab, und würde der Versuch gemacht, ihn mit den Mitteln der Gesetzgebung uns praktisch aufzuzwingen, so würden wir uns im Gewissen verpflichtet fühlen, diesem Versuch stärksten Widerstand entgegenzusetzen. Wir glauben das bei diesem Anlaß mit aller Offenheit und Bestimmtheit aussprechen zu müssen. Es steht ja fest, daß dem vorliegenden Gesetzentwurfe andere folgen werden, die eine völlige Umgestaltung unseres Schulwesens bezwecken. Wenn diese Schulreform in dem Geiste durchgeführt würde der sich in der bisherigen Haltung der Regierung und der genannten Parteien ankündigt, so würden sie einen Kampf um die Schule entfesseln, der unser Volk, das der Einigkeit nie dringender als jetzt bedurfte, in zwei feindliche Heerlager spalten und seine letzten Kräfte in innerem Zwist verzehren müßte. Wir sind überzeugt, eine vaterländische Pflicht zu erfüllen wenn wir vor dem ersten Schritt auf dieser unheilvollen Bahn nachdrücklichst warnen.

Wir anerkennen bereitwilligst ein **Recht des Staates auf die Schule,** aber wir bestreiten entschieden, daß ihm ein solches Recht allein zusteht. Für uns ist die Schule eine Hilfsanstalt nicht lediglich des Staates, sondern ebensosehr auch der **Familie** und der **Kirche.** Darum lehnen wir ein staatliches Schulmonopol ab und wollen neben der Staatsschule auch die **Privatschule** zugelassen und anerkannt wissen. Die Eltern haben das unantastbare Recht, zu fordern, daß die Schule die Heranbildung des Kindes in dem gleichen Geiste weiterführt, in welchem das Elternhaus sie begonnen hat. Die Kirche, der die Eltern das Kind zugeführt haben, kann und muß verlangen, daß die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule, der dieses Kind anvertraut wird, ihren Lehren und Grundsätzen zum mindesten nicht widerspreche. Was die Kirche als höchstes Lebensziel verkündet, das muß die Schule als **höchstes Bildungsziel** anerkennen. Sie hat keine höhere Aufgabe, als die Heranbildung des Kindes zur religiösen Persönlichkeit im Sinne der religiösen Gemeinschaft, der es angehört. Darüber kann auf religiösem, zumal auf christlichem Standpunkt, nicht der geringste Zweifel bestehen, und eben dieser christliche Standpunkt ist es, an dem wir auch in der Schulfrage unentwegt festhalten.

Wir verlangen darum von der Schule, daß sie sich dieser ihrer höchsten Aufgabe nicht entziehe, sondern alles aufbiete, sie zu erfüllen. Das wird ihr offenbar am leichtesten und sichersten dann gelingen, wenn Lehrer und Schüler das Band des gleichen Glaubens umschlingt. Darum ist uns die konfessionelle Schule ein kostbares Kleinod, auf das wir auf keinen Preis verzichten werden. Das gleiche gilt von der **konfessionellen Lehrerbildung,** die das Korrelat der konfessionellen Schule und eine unerläßliche Bedingung ihres Gedeihens. Auch nach der geplanten Umgestaltung unseres Lehrerbildungswesens müssen und werden sich Mittel und Wege finden lassen, um wenigstens der nächsten und eigentlichen Vorbereitung auf den Lehrerberuf für diejenigen, die der konfessionellen Schule ihre Dienste widmen wollen, den konfessionellen Charakter zu wahren.

Unter allen Umständen muß der Kirche die Möglichkeit verbleiben, die ihr angehörenden Kinder im Rahmen der Schule zu überzeugten und eifrigen Gliedern ihrer Gemeinschaft heranzubilden. Daher muß **der Religionsunterricht** ordentlicher und verbindlicher Unterrichtsgegenstand bleiben mit der einzigen Einschränkung, daß im Falle eines ausdrücklichen Verlangens der Erziehungsberechtigten die betreffenden Kinder von der Teilnahme am Religionsunterricht entbunden werden. Gegen die hier und da verlangte Ausschaltung des konfessionellen Religionsunterrichts müssen wir ebenso entschieden Einspruch erheben, wie gegen die von anderer Seite an seiner Stelle vorgeschlagene Einführung interkonfessionellen oder religionsgeschichtlichen Unterrichts oder gar eines auf jede religiöse Begründung verzichtenden »Moralunterrichts.

Zur Erteilung des Religionsunterrichts ist aus eigenem Recht **nur die Kirche berufen und befugt.** Darum darf die religiöse Unterweisung in der Schule nur in ihrem Auftrage und unter ihrer Leitung erteilt werden; die dabei zur Verwendung gelangenden Lehr- und Lernbücher bedürfen ihrer Genehmigung.

Es liegt auf der Hand, daß die religiöse Unterweisung und Erziehung der Kinder unwirksam gemacht oder mindestens außerordentlich gehemmt und erschwert werden müßte, wenn in der sonstigen unterrichtlichen und erzieherischen Tätigkeit der Schule gegensätzliche Einflüsse entgegenwirkten. In solchen Fällen hat die Kirche die Pflicht, Einspruch zu erheben und das Recht, zu verlangen, daß derartige Hemmungen beseitigt werden.

Das sind im Wesentlichen die Rechte, welche die Kirche hinsichtlich der Schule beansprucht. Sie beruft sich dafür auf ihre geistige Stiftung und Sendung. Aber auch wer diese nicht anerkennt, muß sich doch mit dieser Tatsache auseinandersetzen, daß ein sehr großer Teil unseres Volkes diese Ansprüche anerkennt und sie zu den seinigen macht. Für diesen Volksteil fließt das Recht der Kirche in eins zusammen mit dem Rechte der Eltern. Als **Elternrecht** aber hat es vollen Anspruch auf Anerkennung, auch seitens derer, die ein Recht der Kirche auf die Schule nicht gelten lassen.

Das Kind gehört zunächst und zumeist den Eltern, dann aber ist es auch unzweifelhaft Sache der Eltern, zu bestimmen, wie das Kind erzogen werden soll. Niemand hat das Recht, die Eltern dazu zu zwingen, daß sie ihr Kind einer Schule anvertrauen, der sie es aus gewissen Gründen nicht anvertrauen wollen. Das wäre **unerträglicher Gewissenszwang.** Verlangen die Eltern für ihr Kind die Erziehung in einer konfessionellen Schule, so muß diesem Verlangen entsprochen werden, wenn dazu irgendeine Möglichkeit besteht. Verlangen sie für ihre Kinder konfessionellen Religionsunterricht, so muß dieser in der Schule erteilt werden. Verlangen sie, daß der religiösen Gemeinschaft, der sie ihr Kind zugeführt haben, ein **wirksamer** Einfluß auf die gesamte Haltung und Tätigkeit der Schule eingeräumt wird, so darf auch dieser Forderung die Erfüllung nicht verweigert werden.

Elternrecht ist Volksrecht. Viele Millionen unserer Volksgenossen wollen die religiöse Erziehung der Kinder durch die Schule und den kirchlichen Einfluß auf diese unbedingt erhalten wissen. Unter ihnen sind auch sehr viele Anhänger derjenigen Parteien, deren parlamentarische Vertretung den gegenteiligen Standpunkt einnimmt. Die Erfolge der Petitionsbewegung zu Gunsten der konfessionellen Schule reden eine deutliche Sprache. Sie überhören oder mißachten, wäre ein gefährliches Wagnis. Das neue Preußen ist weder innerlich so gefestigt, noch in seinem äußeren Bestande so gesichert, daß es ein solches Wagnis unternehmen dürfte. Es darf es auch darum nicht, weil die Mißachtung und Mißhandlung eines so großen Volksteiles mit wirklicher Demokratie in schreiendem Widerspruch stände. Sie wäre Tyrannei, die ärgste, die sich denken ließe.

Was wir verlangen, ist Freiheit! Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wir sind bereit, sie den Andersdenkenden zu gewähren, wir fordern sie aber auch für uns und für alle, die in der Schulfrage ebenso denken wie wir. Der freie Volksstaat darf sein Schulwesen nur auf den Boden der Freiheit stellen. Er darf die Freiheit nicht einer Gleichheitsschablone zuliebe vergewaltigen. Er muß sich damit abfinden, daß unser Volk in den Fragen der Weltanschauung und darum auch der Erziehungsgrundsätze differenziert ist. Seine Schulpolitik muß Halt machen vor dem **Elternrecht.** Ob Staatsschule oder Privatschule, ob konfessionelle oder interkonfessionelle, ob religiöse oder religionslose Schule — darüber darf nur die freie Wahl der Erziehungsberechtigten entscheiden. Das allein ist echte Demokratie.

Damit sind die Richtlinien angedeutet, die für unsere Stellungnahme zu dem vorliegenden Gesetzentwurf, wie auch zu den anderen, die ihm nach folgen werden, maßgebend sein müssen.

Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Regierung und die Mehrheitsparteien unserem Standpunkte Gerechtigkeit wiederfahren lassen. Das wäre dringend zu wünschen im Interesse des inneren Friedens, nicht minder auch im Hinblick auf die Lage in den gefährdeten Grenzgebieten des Ostens und Westens. Wir wissen alle, welche Erregung dort die schulpolitischen Verordnungen der vorläufigen Regierung ausgelöst haben. Nun hat der [illegible] allem, was unsere Volksgenossen in diesen Gebieten mit uns verbindet, kaum mehr als eine Gesinnungsgemeinschaft übrig gelassen. Sorgen Sie, daß die Gesinnungsgemeinschaft nicht durch eine verfehlte Schulpolitik einer allzu harten Belastungsprobe ausgesetzt wird. Geschähe dies, so müßten wir jede Verantwortung für die Folgen ablehnen.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. **Weimar,** 4. Juli. In der Nationalversammlung wurden die gestern ausgesetzten Abstimmungen über die Artikel 21 und 22 vorgenommen. Im Artikel 21 wurden die Anträge der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei, das Wahlmündigkeitsalter von 20 Jahren zu streichen, dessen Feststellung in das Wahlgesetz zu verweisen oder auf 24 Jahre festzusetzen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Artikel 21 wird nach den Beschlüssen des Ausschusses mit der **Wahlmündigkeit von 20 Jahren angenommen.** Der Antrag Auer (Soz.): **„Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein“,** wird gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien, des Zentrums und eines Teiles der Demokraten **angenommen.** Im Artikel 22 wird die dreijährige Legislaturperiode in namentlicher Abstimmung mit 150 gegen 142 Stimmen abgelehnt. In einfacher Abstimmung wird die **fünfjährige Periode** gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien und eines Teiles der Demokraten **angenommen.**

*

WTB. **Weimar,** 4. Juli. In der am 3. Juli unter dem Vorsitz des Reichspostministers Giesberts abgehaltenen **Sitzung des Staatenausschusses** wurde bekannt gegeben, daß Dr. **Preuß,** für die weiteren Arbeiten im Verfassungsausschuß mit der Vertretung des Reichsministeriums betraut wurde. Sodann wurde dem Entwurf der Vorlage über die Preise für landwirtschaftliche und Schlachtviehprodukte zugestimmt.

* **Berlin,** 4. Juli. Das **Reichskabinett** wird, wie wir hören im Laufe der nächsten Woche an die Nationalversammlung mit einem **Arbeitsprogramm,** in welchem sich hauptsächlich auch die neuen Steuervorlagen befinden dürften, herantreten. Es ist zu erwarten, daß sich an diese Erklärung der Regierung eine größere Aussprache der Nationalversammlung anschließen wird.

Preußische Landesversammlung.

WTB. **Berlin,** 4. Juli.

Zur Beratung steht der Bericht des Verfassungsausschusses über die **Titel- und Ordensfrage.** Der Ausschuß legt im Hinblick auf die Uebergangsschwierigkeiten eine die Aufhebung des Titel- und Ordenswesens beseitigende Verordnung vor.

Abg. **Neumann-Allenstein** (Soz.): Da schon in den nächsten 14 Tagen eine reichsrechtliche Regelung in dieser Verordnung erfolgt, werden wir gegen den Antrag stimmen.

Abg. **Ludwig** (U. S.): Wir halten selbstverständlich auch an der Aufhebung der Orden fest. Auch das Tragen der alten Orden sollte verboten werden.

Abg. **Wildermann** (Zentr.): Ich finde es immer noch idealer, wenn die Leute nach einem Titel mehr als nach großem Kapital streben. (Sehr richtig! im Zentr.)

Abg. Dr. **Schreiber (Dem.):** Orden und Titel sind auch im neuen Deutschland entbehrlich. Es ist daher notwendig, daß Frontsoldaten, die noch ihre Auszeichnungen zu erhalten haben, z. B. heimkehrende Kriegsgefangene, solche bekommen. Wir sind daher für Aufhebung.

Abg. Dr. **von Kries** (DN.): Da die Regierung selbst die Aufhebung aus praktischen Gesichtspunkten wünscht, so haben wir keinen Anlaß, uns diesem Verlangen zu widersetzen.

Der **Ausschußantrag** wird gegen die sozialdemokratischen Parteien **angenommen.**

In dritter Lesung angenommen werden eine Reihe weiterer Vorlagen. Hierauf wird die zweite Beratung des

Handels- und Gewerbeetats

fortgesetzt.

Unterstaatssekretär **Neuhaus:** Der Minister des Innern [illegible] mit aufrichtigem Bedauern auf heute verhindert [illegible] Weimar hierher zu kommen.

Bezüglich des Antrages über die Stellung der Hausangestellten hat eine Rücksprache mit dem Reichsarbeitsminister stattgefunden, von dem uns gesagt wurde, daß die reichsgesetzliche Neuordnung des Arbeiterrechts sich auch auf das Gesinde erstrecken werde.

Abg. **Frahm** (DN.): Die **Zwangswirtschaft** muß abgebaut und der freie Handel sobald wie möglich wieder eingeschaltet werden. (Sehr richtig! rechts.) Statt dessen haben wir den Planwirtschaftsentwurf des Reichswirtschaftsamtes, der in weiten Kreisen Beunruhigung und Empörung hervorgerufen hat. Ich kann mir nicht denken, daß die Selbstverwaltungskörper einmal eine nennenswerte Ausfuhrpolitik treiben. Auf die Ausfuhr aber sind wir angewiesen, wenn wir jemals zu gesunden Finanzen kommen wollen. Die Folge der Planwirtschaft wird sein, daß das Kapital noch mehr als bisher nach dem Auslande flüchtet und daß schließlich ein größerer Prozentsatz der Waren dem Schleichhandel verfällt.

Abg. Dr. **Kalle** (D. V.): Die Not der Industrie ist groß. Der Ausfuhrhandel ist zusammengebrochen und wird sobald nicht wieder in die Höhe kommen. Die ganze Schwere des wirtschaftlichen Zusammenbruches wird noch in der Zukunft erkennbar werden. Dem Planwirtschatsentwurf liegt das ernste Bestreben nach vermehrter Gütererzeugung zu Grunde. Aber auch wir sind nicht einverstanden mit dem gesetzlichen Zwange, den er aufrecht erhält. Der Entwurf verkennt das, was das Wirtschaftsleben aus seiner Natur heraus erfordert; er ist mehr ein Gebilde vom grünen Tisch. Wir müssen die Pioniere des Handels, die tüchtigen Ingenieure, ausreichend zu beschäftigen wissen, weil sie uns das Ausland sonst wegnimmt. Die Kontrolle des Wirtschaftslebens nach der sozialen Seite bedarf des Ausbaues. Das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern wäre schon viel intensiver, wenn die einsichtigen Gewerkschaftsführer die Massen hinter sich hätten und diese nicht im Banne der Gegenagitation ständen.

Abg. **Widlow** (Dem.) äußert ebenfalls schwere Bedenken gegen den Planwirtschaftsentwurf.

Abg. **Menzel** (U. S.): Kapital und Arbeit sind Gegensätze wie Feuer und Wasser. Das ganze kapitalistische System hat versagt. Wenn wir jetzt für 60 Millionen Menschen Arbeit beschaffen wollen, dann ist ein schleuniger Bruch mit dem alten System notwendig.

Nächste Sitzung Dienstag.

Zum Friedensschluß.

Der Weltbund gegen Deutschland.

* **Paris,** 4. Juli. In dem von Havas veröffentlichten **Garantievertrag zwischen Frankreich, den Vereinigten Staaten und England** heißt es:

Abkommen zwischen den **Vereinigten Staaten und Frankreich:** In der Erwägung, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreichs in gleicher Weise von dem Wunsche beseelt sind, den Weltfrieden zu sichern, befürchten die Regierungen der Vereinigten Staaten und der französischen Republik, daß die Bestimmungen über das **linke Rheinufer,** die in dem Vertrag von Versailles niedergelegt sind, **nicht ausreichen,** um Frankreich einerseits und den Signatarmächten des Vertrages andererseits Sicherung und Schutz geben. In Anbetracht dessen sind die Regierungen der Vereinigten Staaten und der französischen Republik gewillt, einen Vertrag einzugehen, dessen Bestimmungen **restlos erfüllt** werden müssen. Sie beschlossen, folgendes Abkommen zu schließen:

1. Im Falle, daß die folgenden Bestimmungen über das linke Rheinufer, die in dem mit Deutschland in Versailles am 2. 6. 19 durch die Vereinigten Staaten, die Regierungen der französischen Republik und des britischen Reiches unterzeichneten Friedensvertrag enthalten sind (Art. 42: Der Friedensvertrag untersagt Deutschland, auf dem linken Rheinufer, sowie auf dem rechten Rheinufer bis zu der 53 50 Klm. östlich des Flusses gelegenen Linie, Befestigungen aufrecht zu erhalten oder zu bauen, und ebenfalls in der durch den Art. 42 umschriebenen Zone die Aufrechterhaltung oder Ansammlung von bewaffneten Kräften, sei es die dauernd oder nur vorübergehend, sowie alle militärischen Manöver, welcher Natur sie auch sein mögen; Artikel 44: Im Falle, daß Deutschland in irgendeiner Weise den Bestimmungen der Artikel 42 und 43 zuwiderhandeln würde, wird diese Tatsache als ein feindlicher Akt gegenüber den Signatarmächten des vorliegenden Vertrages betrachtet werden), Frankreichs Sicherheit und Schutz nicht gewährleisten würden, sind die Vereinigten Staaten von Amerika gehalten, bei jedem **nicht provozierten,** gegen Frankreich durch Deutschland gerichteten Angriff zur **Hilfe** zu kommen.

2. Der vorliegende Vertrag wird in analoger Weise abgefaßt wie derjenige, der zum selben Zeitpunkt und an demselben Orte zwischen der französischen Republik und Großbritannien abgeschlossen wurde. Der Vertrag, dessen Bestimmungen beigefügt werden, wird erst im Augenblick der Ratifizierung in Kraft treten.

3. Der vorliegende Vertrag wird dem Rat vorgelegt und von ihm als eine mit dem Völkerbundabkommen übereinstimmende Verpflichtung anerkannt werden müssen. Der Vertrag wird in Kraft bleiben, bis der Rat auf das Verlangen einer Partei, und wenn nötig, mit Mehrheit beschließt, daß der Völkerbund, selbst genügenden Schutz gewährt.

4. Der vorliegende Vertrag wird vor der Ratifizierung der **französischen Kammer** zur Genehmigung vogelegt. Er wird dem Senat der Vereinigten Staaten zur gleichen Zeit wie der Versailler Vertrag zur Ratifizierung unterbreitet werden. Die Ratifizierungsurkunden werden bei der Einbringung in Paris ausgetauscht. Die diesbezüglichen Bevollmächtigten für die französische Republik, **Clemenceau** und **Pichon,** und für die Vereinigten Staaten **Wilson** und **Lansing,** haben die vorstehenden Bestimmungen, die in französischer und englischer Sprache abgefaßt sind, unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Gez.: Clemenceau, Wilson, Pichon, Lansing.

Eine Ueberwachungskommission der Alliierten.

WTB. **Amsterdam,** 4. Juli. Der Pariser Berichterstatter des „Telegraaf" meldet, die **Alliierten** werden binnen kurzem eine Kommission einsetzen, **die darüber wacht, daß Deutschland die Vertragsbedingungen** erfüllt. Für die einzelnen Bedingungen werden Unterkommissionen gebildet; eine davon wird mit der Durchführung der Bestrafungen beauftragt. Unter ihren Mitgliedern befindet sich ein hoher englischer Richter, sie werden Maßregeln für die entsprechende Zusammensetzung des Gerichtshofes, vor dem der **Kaiser** erscheinen wird, treffen und dafür sorgen, daß er seine Aufgabe erfüllen und jede verlangte Strafe auferlegen kann. Die Note an die niederländische Regierung wird in **keiner Hinsicht den Charakter eines Ultimatums haben,** sondern die Auslieferung wird unter voller Anerkennung der souveränen Rechte Hollands verlangt. Die Alliierten werden als Befreier und Beschützer der kleinen Staaten, zu denen Holland gehöre, darum ersuchen. Der Kaiser werde, wenn er vor dem Gerichtshof erscheinen muß, nach dem Tower gebracht.

Verbleiben der amerikanischen Besatzung auf dem linken Rheinufer.

WTB. **Amsterdam,** 4. Juli. Laut „Telegraaf" erklärte General **Pershing** in einer Unterredung, daß die **amerikanischen Besatzungstruppen** auf dem **linken Rheinufer** während der Gesamtdauer der Besetzung dort **verbleiben** werde. Wenn Deutschland bei der Durchführung der Friedensbedingungen guten Willen beweise, wird die Anzahl der Mannschaften sehr **herabgesetzt** werden. Sie wird jedoch nie weniger als 5000 bis 6000 Mann betragen. England wird die Besatzungstruppen des Kölner Brückenkopfes im selben Verhältnis vermindern.

Hindenburg trägt die Verantwortung.

wtb. **Berlin,** 4. Juli. Generalfeldmarschall **von Hindenburg** richtete anläßlich seines Rücktrittes an den Reichspräsidenten folgende Drahtung:

Herr Reichspräsident! Die Unterzeichnung des Friedensvertrages gibt mir zu folgender Erklärung Veranlassung: Für alle Anordnungen und Handlungen der obersten Heeresleitung seit dem 29. August 1916 trage ich **die alleinige Verantwortung.** Auch sind alle mit der Kriegführung zusammenhängenden Beschlüsse und Befehle Sr. Majestät des Kaisers und Königs mit diesem Tage auf meinen ausdrücklichen Rat und unter meiner vollen Verantwortung gefaßt und erlassen worden. Ich bitte, dies zur Kenntnis des deutschen Volkes und der alliierten Regierungen zu bringen.

Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Hindenburg auf seinem Rubesitz.

wtb. **Hannover,** 4. Juli. Um 11 Uhr traf Generalfeldmarschall **von Hindenburg** auf dem hiesigen Bahnhofe ein. Zum Empfang waren Vertreter des Magistrats und der Behörden anwesend. Bürgermeister Dr. Weber hielt eine Ansprache, auf die Hindenburg folgendes erwiderte: Vielen herzlichen Dank für den freundlichen Willkommengruß. Die Zeiten sind schwer, aber sie müssen durchgehalten werden. Es ist nicht deutsche Art, zu verzagen. Auch ich hoffe auf eine bessere Zukunft, jeder einzelne Deutsche muß dazu helfen. Ich kehre in die Heimat zurück. Es ist mir ein Lichtblick, soviel Wohlwollen und Güte zu finden, die Ausdruck finden in dem herzlichen Heim, das mir meine Mitbürger bereitet haben. Gruß und vielen Dank allen Mitbürgern! — Der Feldmarschall begrüßte darauf die verschiedenen Abordnungen. Unter dem Jubel der riesigen Menschenmenge, die wieder und immer wieder lebhafte Ovationen darbrachte, setzte er die Fahrt nach seinem Heim in der Seelhorsterstraße fort. Anläßlich einer Kundgebung der **Studentenschaft** vor der Wohnung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, hielt dieser eine Ansprache an die Studenten, in der er sagte: Ich danke der Studentenschaft für den herzlichen Willkommgruß in meinem neuen Heim. Der Geist der deutschen Jugend zeigt mir, daß Deutschland wieder aufblühen wird zur alten Größe. Verzagen Sie nicht, helfen Sie mit, daß unsere Feinde uns nicht verachten, sondern achten lernen, dann wird Deutschland wieder erstehen zur alten Blüte, so wahr ein Gott lebt. Nochmals meinen herzlichen Dank, vor allem auch den Kommilitonen, die ich hier nicht persönlich begrüßen kann.

Deutsch-Oesterreich, du hast's besser.

Bei den Friedensverhandlungen hat **Deutsch-Oesterreich besser abgeschnitten als Deutschland.** Ihm ist es gelungen, wertvolle Erleichterungen durchzusetzen. Aus Versailles wird der Wiener „Reichspost" gemeldet:

„Wie Ihr Korrespondent **zuverlässig** erfährt, haben die Alliierten bei der Ueberprüfung der deutsch-österreichischen Friedensbedingungen beschlossen, die Stadt und das Gebiet von **Klagenfurt Deutsch-Oesterreich zuzusprechen.** Man kann in dieser Entscheidung mit gutem Recht einen Umschwung zugunsten des Staates Deutschösterreich erblicken, dessen **lebensfähige Gestaltung** von den Alliierten als in ihrem eigenen Interesse liegend erkannt wurde. Dafür spricht noch die Behandlung der **finanziellen** Fragen, die nach einer Mitteilung von **authentischer** Seite stark abweichend von den Grundlinien des Vertragsentwurfes vom 2. Juni mindestens insoweit zugunsten Deutsch-Oesterreichs gelöst worden sind, daß ein **Staatsbankrott dadurch unmöglich gemacht** wird. In Kreisen der Entente plant man **großzügige Investitionen in Wien** und dessen Umgebung, die zweifellos das Ziel verfolgen, Wien zu einem großen Umschlag- und Stapelplatz auf dem international wichtigsten Handelsverkehrsweg vom Westen nach dem Osten zu machen. In erster Linie soll amerikanisches Kapital beteiligt sein. Für die Ausführung dieses Planes sind **bereits vorbereitende Schritte geschehen.** Das Arbeitslosenelend und damit die größte soziale Schwierigkeit Deutsch-Oesterreichs, wird damit wahrscheinlich in absehbarer Zeit bedeutend gemildert, und Wien darf hoffen, seine Stellung zum mindesten zu behaupten. Nun, da die Alliierten die Bedeutung Deutsch-Oesterreichs erkannt haben, ist anzunehmen, daß die beutegierigen Nachbarn bei den Schlußverhandlungn nicht mehr so geneigte Ohren finden, wie bei der Abfassung des Rumpfentwurfes."

Die Errungenschaften sind offensichtlich von großer Bedeutung. Sie wurden erreicht, weil sich die **amerikanische Großfinanz** dafür eingesetzt hat.

Eine Ansprache des Papstes.

WTB. **Rom,** 4. Juli. Stefani Anläßlich eines **geheimen Konsistoriums** erklärte der **Papst:** Während wir uns in anderen Angelegenheiten, die nicht nur die Kirche, sondern die ganze Christenheit betreffen, Stillschweigen auferlegen, wollen wir doch nicht schweigend über die große Sorge hinweggehen, die uns bezüglich der katholischen Missionen bewegen. Nachdem wir vernommen haben, daß die Friedenskonferenz Beschlüsse faßte, die in Zukunft das Recht der Verkündigung des Evangeliums zu kürzen scheinen, haben wir vertrauensvoll die Mitglieder der Konferenz gebeten, ihre Aufmerksamkeit auf diesen Punkt lenken zu wollen. Wir sind glücklich, verkünden zu können, daß die maßgebenden Persönlichkeiten der Konferenz unser Gesuch der Billigkeit entsprechend geprüft und zum größten Teil gut aufgenommen haben. Wir sind zu der Hoffnung berechtigt, daß die gleichen Persönlichkeiten sich von der Billigkeit leiten lassen werden, dessen, was nicht nur die katholische Kirche, sondern die ganze Zivilisation angeht. Da jetzt die Feindseligkeiten endlich beendet sind, flehen wir inständigst zur ewigen Gnade, daß die Blockade, durch die so viele Unglückliche verhungern müssen, aufgehoben wird, daß die noch in Gefangenschaft befindlichen Soldaten endlich befreit werden, daß die Herzen der Völker, die sich bis jetzt alle feindlich gegenüberge-

Erben Willmers-Gorlenko.

Roman von Nina Meyke.

7 Nachdruck verboten.

„Dann wundert es mich umsomehr, daß Sie sich zu dieser Maskerade entschlossen!" fiel ihr General Willmers gereizt in das Wort und stellte, hochrot im Gesicht, seinen Leuchter geräuschvoll auf den Tisch. „Darf ich fragen, was Sie um diese Zeit in der Bibliothek zu tun haben? — Oder suchen Sie absichtlich den hirnlosen Aberglauben unter den Leuten zu befestigen, die sich von einem Spuk erzählen, der bei Nacht in diesem Teile des Schlosses umgehen soll? Wenn ich mir Ihr heutiges Kostüm betrachte, so begreife ich, wie dieses alberne Gerücht entstehen konnte."

„Was für eine Maskerade?" lächelte die junge Frau und schüttelte ungeniert die Schleppe ihres Nachtkleides, so daß unter dem duftigen Spitzengerüsel ein sehr kleiner, in einem weißen Atlasschuh steckender Fuß sichtbar wurde. „Wo haben Sie Ihre Augen, mon cousin? Sehen Sie denn nicht, daß ich mein allereinfachstes Negligee trage? Verlangen Sie vielleicht, daß ich um Mitternacht noch Toilette machen soll, nur um Ihre Leute nicht zu erschrecken. Das wäre lächerlich, denn für die Dummheit Ihrer Bedienten können Sie schließlich mich nicht zur Verantwortung ziehen!"

„Das allerdings nicht, aber ich kann Sie bitten, Ihre späten Streifereien durch das Schloß einzustellen!" erwiderte der General ärgerlich. „Was suchten Sie eigentlich um diese Zeit in der Bibliothek?"

Frau von Gorlenko wiegte kokett den dunklen Kopf.

„Was ich in der Bibliothek suchte?" fragte sie gedehnt. „Sie werden unhöflich, mon cousin, eine Untugend, die ich früher an Ihnen nicht bemerkte. Darf ich dieselbe Frage vielleicht an Sie richten?"

„Ich?" Willmers wollte aufbrausen, daß es ihm, dem Herrn dieses Hauses, freistünde, zu kommen und zu gehen, wann er wolle, aber er beherrschte sich. Die frühere Mademoiselle Fallet war heute die Gattin seines Vetters.

„Ich konnte nicht schlafen und wollte mir ein Buch holen, das ich gestern begonnen und hier vergessen hatte!" erwiderte er kalt und schob einen Stoß illustrierte Zeitschriften achtlos beiseite. „Da ist es, aufgeschlagen wie ich es ließ! Sie sehen, ich unternahm diese nächtliche Exkursion nicht ohne Grund und noch weniger in der Absicht, unwissendes Bedientenvolk zu erschrecken, wie ich fast bei Ihnen vermuten möchte."

„Sie beargwöhnen mich ganz mit Unrecht, General!" lachte die schöne Frau. „Ihr Fall ist ganz der meine! Ich litt, wie Sie an Schlaflosigkeit, kam — wie Sie, um mir ein Buch zu holen. Nur dachte ich natürlich an keine historischen Studien, sondern suchte nach pikanterer Lektüre. Wollen Sie mir vielleicht suchen helfen, mon cousin?" — Ihre dunklen Augen blickten ihn so unverhohlen spöttisch an, daß dem alten Herrn das Blut heiß in die Stirn stieg. Es war klar, sie machte sich über ihn lustig, aber den Triumph, ihn aus der Fassung zu bringen, gönnte er ihr nicht.

„Es ist spät!" bemerkte er trocken, indem er flüchtig nach seiner Uhr sah. „Bei dieser mehr als miserablen Beleuchtung dürfte das Auffinden der von Ihnen gesuchten Werke überhaupt schwer fallen, deshalb gebe ich Ihnen den Rat, damit bis morgen zu warten. Gute Nacht!"

Ohne sie weiter eines Blickes zu würdigen, wandte er sich ab und schritt schnell zur Tür, die er hinter sich in das Schloß drückte. Erst als er wieder auf dem dunklen Korridor stand, erinnerte er sich, daß er das Buch, um dessentwillen er gekommen war, nicht mit sich genommen hatte, aber um keinen Preis wäre er zurückgegangen. Das Schicksal schien ihm jedoch heute mehr denn je einen Schabernack spielen zu wollen, denn kaum hatte er die nächste Biegung des langen Ganges erreicht, als sein scharfes Ohr das leise Aufschnappen der Bibliothektür zu hören meinte. Er hatte sich nicht getäuscht, er hörte deutlich das Rascheln ihrer spitzenbesetzten Schleppe auf dem Linoleumläufer und so öffnete er schnell die Tür zu den Gemächern seiner verstorbenen Frau, an denen er eben vorüberkam.

Lauschend, die leise zuckende Flamme seines Lichtes mit der Hand beschattend, blieb er hinter der schweren Stoffdraperie stehen. Gott sei Dank, sie hatte ihn nicht bemerkt! Immer weiter entfernten sich ihre Schritte, und endlich war auch das letzte trippelnde Geräusch verklungen, der Weg war frei!

Tief aufatmend trat er aus seinem Versteck hervor. Aber etwas zwang ihn, um sich zu sehen, etwas zog ihn mit unwiderstehlicher Macht tiefer in das Innere dieser Räume. In diesem Augenblick dachte Willmers jedoch nicht an die Tote. Alles in diesem Raum sprach von einer plötzlichen Abreise, aber kein Brief, nichts als herzbeklemmende Leere, nichts, als unheimliches, von dem flackernden Licht in seiner Hand nur teilweise erhelltes Dunkel!

Hoch erhobenen Hauptes wollte Willmers sich abwenden, da fiel der Schein des Lichtes auf einen funkelnden, tief in das weiche Teppichgewebe versunkenen Gegenstand. Er blieb stehen, bückte sich und stutzte. Fast zu seinen Füßen lag ein goldenes, mit Diamanten besetztes Kreuz, das er nur zu gut kannte. Seine verstorbene Frau hatte dieses Schmuckstück beständig getragen, nach ihrem Tode fügte man es zu den Familienbrillanten, die in einem geheimen Behälter aufbewahrt wurden. Wie kam dieser kostbare Gegenstand hierher, auf den Boden eines Zimmers, in dem vor kurzem noch Roderich weilte? — Mit gefalteten Brauen blickte der alte Herr auf das funkelnde Kreuz, dann kam ihm ein Gedanke, ein furchtbarer Verdacht, der ihm alles Blut zum Herzen trieb, so daß er sich an den nächsten Sessel klammern mußte, um nicht von dem Schwindel zu Boden gerissen zu werden. Aber wie verzweifelt er sich auch gegen die entsetzlichen Mutmaßungen, die sich ihm immer von neuem aufdrängten, wehren wollte, sie wurde von Minute zu Minute wahrscheinlicher, und als er, um seinen quälenden Zweifeln ein Ende zu machen, mit taumelnder Schritten das nebenanliegende Budoir betrat, als seine zitternde Hand das Licht höher hob, um den kleinen, eleganten Raum besser übersehen zu können, sagte ihm schon der erste flüchtige Blick, daß hier ein Verbrechen vollführt war.

Das Bild, das den geheimen Schrank verdeckte, war abgenommen und stand, gegen die Wand gelehnt, am Boden, er brauchte nicht einmal die Tür zu öffnen, denn er wußte, daß er das Fach leer finden würde und, was das Furchtbarste war, er kannte den Täter dieses schamlosen Diebstahls!

Nein, nein, alles, aber nicht das! — Vielleicht hatte Roderich nur das Kreuz, das ihm hernach in der Eile des Packens entglitt, zum Andenken an seine tote Mutter mit sich nehmen wollen, ehe er in kindischem Trotz das Vaterhaus verließ.

Fortsetzung folgt.

Was ist „Münsterland"

? ? ?

„Münsterland" ist eine vornehme illustrierte Monatsschrift für Heimatpflege. Ein unerschöpflicher Born geistigen Genusses.

standen haben, sich von neuem durch die Bande der christlichen Caritas verbinden, ohne die jeder Friedensvertrag nutzlos sein muß.

Zur Lage in Italien.

WTB. Bern, 4. Juli. Laut „Avanti" erklärte D'Arragena, der Generalsekretär des italienischen Werkschaftsbundes in Southport: **Italien befinde sich nach dem Kriege in Verhältnissen, die zum Bankerott führen müßten.** Das Volk sei von der Revolutionsbewegung ergriffen; die Lage sei sehr schwer, so daß Nachrichten, die über Italien kommen und von einer Revolutionsbewegung und Blutvergießen sprechen könnten, nicht überraschen dürften.

WTB. Bern, 4. Juli. Die Volksbewegung gegen die **Lebensmittelteuerung** in **Italien** greift immer mehr um sich. In Florenz wurde der Generalstreik erklärt; hier und in anderen Städten wurden zahlreiche Geschäfte ausgeraubt. Die Plünderungen in Florenz gehen weiter. In Imolo kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gab. Die Provinzen Romagna, Emilia und Marken sind von der Bewegung ergriffen, die einen politischen Charakter hat. In fast allen Städten dieser Provinzen ist der Generalstreik erklärt unter der Drohung, sofort zu Gewaltmitteln zu greifen, wenn die Forderung auf Herabsetzung der Lebensmittelpreise nicht unverzüglich erfüllt wird.

Italienisch-französische Zusammenstöße.

WTB. Bern, 4. Juli. Die Zeitungen berichten von neuen schweren Zusammenstößen in **Fiume.** Die Bevölkerung ist empört über das Verhalten der französischen Truppen und veranstaltete eine Jagd auf die in der Stadt befindlichen Franzosen. Die französischen Offiziere und Soldaten mußten sich in den Häusern verstecken, um sich vor der Menge zu schützen. Nur mit Mühe gelang es dem französischen Militär, die Ruhe wieder herzustellen. Vier Franzosen wurden verwundet.

WTB. Bern, 5. Juli. Auch in **Genua** ist es am Donnerstag zu Zusammenstößen zwischen französischen und italienischen Soldaten gekommen. Die Franzosen flüchteten schließlich in Baracken der amerikanischen Truppen.

WTB. Bern, 4. Juli Nach neueren Zeitungsmeldungen wurden auch in Ravenna die Läden gestürmt und geplündert In Imola, wo es 7 Tote gab, wurde auf dem Dom die **rote Fahne** gehißt.

Geldflucht in Amerika.

* **Bern,** 3. Juli. Nach einer Meldung der „Neuen Korespondenz" aus Washington haben sich 1 300 000 Nichtamerikaner nach Beendigung des Krieges entschlossen, **wieder aus Amerika auszuwandern.** Der größte Teil davon wird nach seiner Heimat zurückkehren. In amerikanischen Finanzkreisen erregt die Höhe dieser Zahl begreiflicherweise ernste Besorgnis, da nach Mittilungen der Zollbehörden jeder Auswanderer im Durchschnitt 2- bis 15 000 Dollars mit sich führt. Wenn die Auswanderung tatsächlich in diesem Umfange einsetzt, gehen etwa 4 **Milliarden Dollars,** das ist vier Fünftel des vor dem Kriege in den Vereinigten Staaten befindlichen Geldes, **außer Landes.** Die Bankwelt hat die Washingtoner Regierung dringend ersucht, entsprechende Maßnahmen zur Verhinderung dieser **Geldflucht** zu treffen.

Keine Pässe nach Europa.

* **Amsterdam,** 3. Juli. Das amerikanische Staatsdepartement gibt bekannt, daß für das Jahr 1919 **keine Reisepässe für Europa** erteilt werden. Die Maßnahme wird damit begründet, daß der Personenverkehr nach Möglichkeit eingeschränkt werden muß, weil die amerikanische Tonnage für **Lebensmittel- und Rohstofftransporte** benötigt werde. Eine Ausnahme wird lediglich für Geschäftsreisende gemacht werden, deren Wünsche nach Möglichkeit Berücksichtigung finden sollen.

Die Neuordnung im Reich.

Die Senkung der Lebensmittelpreise.

wtb. **Berlin,** 4. Juli. Der Reichsernährungsminister hat folgenden Erlaß an die Freistaaten, die Kommunalverbände und Gemeinden gerichtet:

Um die Absichten, die mit der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verbunden sind, zur vollen Durchführung zu bringen, bedarf es einer **bereitwilligen Mitarbeit** der Gemeinden und Kommunalverbände. Die Preissenkung ist in der Weise erfolgt, daß den Kommunalverbänden die Waren zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Es muß nunmehr dafür gesorgt werden, daß nicht Zuschläge von **Zwischenstellen und Zwischenhandel** genommen werden, welche die Absicht der Verbilligung teilweise unwirksam machen.

Die Preise betragen bei Reis Pfundpreis im Kleinverkauf höchstens 2 M, bei Hülsenfrüchten 1,25 M, bei Mehl von 82 bis höchstens 84 ℳ, für Fleisch in kleineren und mittleren Städten 9 M je Kilo, in größeren Städten höchstens 9,50 Mark je Kilo, bei Speck 8 M je Kilo, bei kondensierter Milch je Büchse 1,80 M.

Bei Kommunalverbänden und Gemeinden dürfen **Ueberschüsse** aus der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel **nicht erzielt** werden.

150 Millionen Mark für die Kriegsgefangenen.

TU. **Berlin,** 5. Juli. Um den Kriegsgefangenen, die so Schweres erduldet haben, bei ihrem Uebertritt ins bürgerliche Leben Hilfe zu leisten, hat sich die **Reichsregierung** aus eigener Entschließung bereitgefunden, 150 Millionen Mark auf Antrag des Reichsministers der Finanzen zur Verfügung zu stellen Diesen Betrag erhält die „Kriegsgefangenenheimkehr", eine sich über ganz Deutschland bis in die kleinsten Orte erstreckenden Organisation, als Reichszuschuß zu ihren eigenen, durch Sammeltätigkeit aufgebrachten Mitteln, um sie in zweckmäßiger Weise hilfsbedürftigen heimkehrenden Kriegsgefangenen nutzbar zu machen, insbesondere durch Beschaffung von Arbeitskleidung und Arbeitsgerät.

Soziales.

Terror.

Eine eigentümliche Welt! Die Gewalt hat Bankrott gemacht. Den größten in der Weltgeschichte. Es macht sich im geistigen Leben eine deutliche Abwendung vom Geiste der Gewalt bemerkbar. Aber ist es nicht sonderbar, daß man in allen Streitfragen immer wieder an die rohe Gewalt appelliert? Und gerade diejenigen, die vorgeben, einzig die Gewalt bekämpfen zu wollen, um sie durch das freie Recht zu ersetzen. In der Gewerkschaftsbewegung sind es vor allem die **sozialdemokratischen Gewerkschaften,** die den Mund allzeit recht voll nehmen, wenn es gilt, gegen die Gewalt des „Herrn im Hause" und für die freie Selbstbestimmung der Arbeiter aufzutreten. Je weiter sie nach links stehen, mit um so größerem Stimmenaufwand treten sie dann hervor. Aber ist es nicht tieftraurig, daß eben diese freien Gewerkschaftler ihren Arbeitskollegen gegenüber roheste Gewalt anwenden?

Ueberall kommen die Nachrichten, aus allen Verbänden und Berufen. daß sozialdemokratische Gewerkschaftler die christlich organisierten Arbeiter durch rohe Gewaltmittel, durch einen ganz erbärmlichen Terror zum Uebertritt in die sozialdemokratischen Gewerkschaften zwingen wollen. In vielen Betrieben, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, versuchen sie die christlichen Arbeiter brotlos zu machen, um sie dadurch zum Uebertritt zu zwingen. Glücklicherweise sind die christlichen Gewerkschaften heute so erstarkt und verfügen heute über einen solchen Einfluß im öffentlichen Leben, daß sie den Terrorversuchen meistens erfolgreich entgegentreten können.

Das gewaltsame Vorgehen der sozialdemokratischen Gewerkschaften sollte die christlichen Arbeiter davon überzeugen, daß sie nicht nur aus den naheliegenden wirtschaftlichen Gründen den christlichen Gewerkschaften angehören müssen, sondern auch aus dem idealen Grunde, durch Stärkung der christlichen Gewerkschaften ihren christlichen Kollegen in den gefährdeten Betrieben soviel Rückhalt zu geben, daß sie allen sozialdemokratischen Gewaltmaßregeln zum Trotz ihrer religiösen Ueberzeugung nachleben können.

Aus der Heimat.

Bocholt, 7. Juli. 1919.

m. **Die Feier der ersten hl. Kommunion** nahm am Sonntag einen erhebenden und feierlichen Verlauf. Ueberall, wo ein Kommunikant oder eine Kommunikantin im Hause war, kündeten Fahnen, Guirlanden und Bäumchen von der Freude, die an diesem Tage dort einkehren sollte. Um ½8 Uhr fanden sich die Kinder in Festgewändern vor dem Marienlyzeum ein, von wo sie dann unter Vorantritt von Fähnchen tragenden Knaben und blumengeschmückten kleinen Mädchen und geleitet von Lehrern und Lehrerinnen, von der Geistlichkeit abgeholt und zur Kirche geführt wurden, wo um 8 Uhr der Festgottesdienst stattfand, in Verlauf dessen die Kinder zum ersten Male zum Tisch des Herrn schritten. War auch der Tisch zu Hause nicht so reich besetzt, wie sonst wohl in Friedenszeiten, so strahlte doch der klaue Himmel auf die kleine Schar hernieder, als freute er sich mit ihnen. Die Kommunionkinder verteilen sich auf die einzelnen Kirchen wie folgt: **St. Georg:** 147 Knaben, 146 Mädchen, zusammen 293; **Liebfrauen:** 94 Knaben, 130 Mädchen, zusammen 224; **St. Joseph:** 118 Knaben, 124 Mädchen, zusammen 242; **Gymnasium** 15 Knaben; **Töchterschule** 38 Mädchen.

m. **Die Heuernte** ist jetzt in vollem Gange. Sie ist infolge der langen Trockenheit ziemlich mittelmäßig ausgefallen. Umso besser verspricht die Getreidernte zu werden.

m. **Die Friseurgeschäfte** müssen geschlossen sein: Wochentags abends 8 Uhr, Samstags abends 9 Uhr, Sonntag mittags 12 Uhr. Zur Beachtung für die, die immer zu spät kommen!

m. **Gestohlen** wurden in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag dem Herrn Johann Beusker, Werther Chaussee, mehrere Kaninchen und Hühner. Der Bestohlene hat auf die Ermittlung der Täter 50 Mark Belohnung ausgesetzt.

m. **Die Postsperre im Verkehr mit Deutsch-Oesterreich** ist **aufgehoben** worden. Es können deswegen Wechsel und Schecks auf dieses Land wieder angekauft und zum Einzug übernommen werden. Die Abrechnung erfolgt zu den an der Berliner Börse jeweils festgesetzten Abnahmequoten.

o. **Fernsprechverkehr.** Die Ober-Postdirektion in Münster schreibt uns: In den Kreisen der Fernsprechteilnehmer wird in letzter Zeit lebhaft über den Dienstbetrieb bei den Fernsprechvermittlungsstellen Klage geführt, namentlich über die Häufigkeit unrichtiger Verbindungen und die verzögerte Beantwortung der Anrufe im Ortsverkehr sowie ganz besonders auch über die lange Wartedauer bis zur Herstellung der gewünschten Gesprächsverbindungen — selbst dringender — im Fernverkehr. Es kann leider nicht bestritten werden, daß die Klagen zum großen Teil berechtigt sind. Die Mängel fallen aber nicht, wie vielfach angenommen wird, dem Personal der Fernsprechvermittlungsstellen zur Last; sie haben vielmehr fast durchweg andere Ursachen. Der Fernsprechverkehr hat in den letzten Monaten eine so außerordentliche und sprunghafte Zunahme erfahren, daß die vorhandenen Absatzwege und Betriebsmittel zu seiner Bewältigung häufig, besonders in den verkehrsreicheren Tagesstunden, nicht mehr ausreichen. Während des Krieges haben die Fernsprechverbindungsleitungen (von Ort zu Ort) wegen des Rohstoffmangels und der gewaltigen Anforderungen von Telegraphenbaustoffen und Apparaten durch die Heeresverwaltung nicht in dem erforderlichen Umfange vermehrt werden können; bis 1913 betrug z. B. der Zugang an derartigen Leitungen durchschnittlich jährlich 85 000 Kilometer, während in den Jahren 1916, 1917 und 1918 nur eine Vermehrung um 20 000, 17 000 und 15 000 Kilometer stattgefunden hat. Hieraus schon erklärt es sich ohne weiteres, weshalb man selbst bei Anmeldung dringender Gespräche oft unverhältnismäßig lange auf die Ausführung warten muß, zumal da die Gespräche sowohl an Zahl als auch an Dauer — nicht zuletzt auch infolge Versagens anderer Verkehrsmittel — erheblich zugenommen haben. Die erforderliche Vermehrung der Absatzwege ist zwar in die Wege geleitet, sie kann aber bei dem bedeutenden Bedarfsumfange für das ganze Reich und den damit verbundenen ganz erheblichen Aufwendungen an Baustoffen usw. nur nach und nach geschehen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Beschaffung von Baustoffen und Apparaten durch den fortdauernden Mangel an Rohstoffen und infolge der häufigen Streiks und durch Arbeitsunlust bei den Lieferfirmen verzögert wird. Auch die Fernsprech-Vermittlungsämter haben infolge des außerordentlich großen Zuganges von neuen Teilnehmeranschlüssen eine solche Belastung erfahren, daß sie zum Teil bis aufs äußerste ausgenutzt und an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit angelangt sind. Ihre Erweiterung während des Krieges war aus den bereits erörterten Gründen nicht überall angängig. Dadurch und durch die starke Verkehrszunahme überhaupt ist namentlich bei den größeren Fernsprechvermittlungsstellen eine Ueberlastung der einzelnen Arbeitsplätze als Dauerzustand eingetreten. Selbst an besonders verkehrsreichen Tagen ist eine solche Ueberlastung nicht beobachtet worden. Durch eine Vermehrung des Personals läßt sich allein keine Abhilfe schaffen, weil eine doppelte oder dreifache Besetzung der dicht nebeneinander angeordneten Arbeitsplätze nicht möglich ist. Zur Not konnten den Beamtinnen nur Aushilfen beigegeben werden, die hinter den Arbeitsplätzen stehen und von hier aus den Beamtinnen in der Herstellung und Lösung von Verbindungen behilflich sind. Es ist erklärlich, daß bei diesem Behelf Betriebsversehen sehr begünstigt werden, die sich auch sonst bei der Hast des Betriebes nicht ganz vermeiden lassen. Sehr häufig liegen den vermeintlichen Versehen aber auch Betriebsstörungen zu Grunde, die sich leider häufen, weil die Apparate der Fernsprechvermittlungsstellen während des Krieges nicht mehr ordnungsmäßig in stand gehalten werden konnten; es fehlte zum Teil an Kräften, zum Teil waren die Ersatzstoffe minderwertig und von geringer Haltbarkeit. Auch diese Mängel können nur nach und nach beseitigt werden. Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die unter dem Zwange der Verhältnisse in großer Zahl eingestellten Kräfte zur Vermehrung des Bedienungspersonals noch nicht über die Erfahrung und Fertigkeit in der Bedienung der namentlich bei den größeren Fernsprechvermittlungsstellen recht verwickelten Apparatesysteme verfügen, an die das Publikum vor dem Kriege bei dem geschulten Personal gewöhnt war. Die bedauerlichen Uebelstände müssen hiernach als unvermeidbare Nachwirkungen des Krieges in Kauf genommen werden. Unter solchen Umständen wird gelten, die Benutzung des Fernsprechers bis auf weiteres möglichst einzuschränken und mit Beschwerden zurückzuhalten. Es kann beim besten Willen nicht mehr geschehen, als geschehen ist, um Abhilfe zu schaffen.

r. **Wertherbruch,** 5. Juli. Der hiesige Kriegerverein hält m Montag abends 8 Uhr im Lokale Pelzer seine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: Besprechung über das Stiftungsfest, Mitgliederaufnahme und Besprechung von Vereinsangelegenheiten.

Vermischtes.

Die Neunte Symphonie im Volkssymphoniekonzert in Mailand.

Ueber die Aufführung berichtet der „Corriere della Sera": Vor einer ungeheuren Zuhörerschaft, die zum großen Teil aus Arbeitern und ihren Familien bestand, wurde am 15. Juni Beethovens Neunte Symphonie wiederholt. Der Erfolg war der gleiche unbestrittene als am Tage zuvor, wo die Symphonie vor den ersten Gesellschaftskreisen Mailands aufgeführt wurde. An beiden Tagen folgte das Publikum mit der wärmsten Anteilnahme und Bewunderung der gewaltigen Schöpfung, die unter Toscaninis Leitung hervorragend wiedergegeben wurde und am Schluß die Menge zu stürmischen, langanhaltenden Ovationen hinriß. Sollen wir das als ein gutes Zeichen des neuen Friedens betrachten, daß die feindlichen Völker anfangen, über allen künstlich gezüchteten Haß und alle Zwietracht hinweg den Weg zur deutschen Kunst und weiter zum deutschen Volk zurückzufinden?

Gottesdienst-Ordnung.

Andachten im Laufe der Woche:

St. Georg. Donnerstag 8,30 Uhr Sakramentshochamt; abends 8,30 Uhr Sakramentsandacht.

St. Klara. Dienstag 6 Uhr Antoniusandacht.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil Jos. Hobbach, für das Feuilleton H. Temming, für den Reklame- u. Anzeigenteil Fr. Heggen, sämtl. in Bocholt.

Lebensmittel-Verteilung

für die 28. Woche (vom 6. bis 12. Juli 1919).

60 Gramm Butter auf Speisefettmarken d. 28. Woche,
250 Gramm Graupen auf Marke M,
250 Gramm Reis auf Marke N,
500 Gramm Kunsthonig auf Marke O,
2 große oder 3 kleinere Heringe auf Marke P,
ferner Ackerbohnen, Kaffee-Ersatz, Nährhefe, Fleischbrühersatzwürfel, Kartoffelwalzmehl und Morgentrank gegen Vorlegung des Brotbuchs.

Bis auf weiteres betragen die Preise für:

1 Wocheneinheit	= 60 g	Molkereibutter	55	Pfg.
die dopp. Wocheneinh.	= 120 g	„	105	„
1 Wocheneinheit	= 60 g	Bauernbutter	50	„
die dopp. Wocheneinh.	= 120 g	„	95	„
1 Einheit	= 125 g	Graupen	10	„
2 Einheiten	= 250 g	„	25	„
3 „	= 375 g	„	35	„
4 „	= 500 g	„	45	„
5 „	= 625 g	„	55	„
6 „	= 750 g	„	65	„
7 „	= 875 g	„	75	„
8 „	= 1000 g	„	90	„
9 „	= 1125 g	„	100	„
10 „	= 1250 g	„	110	„
1 Pfund — Paket Kunsthonig			80	„
1 großen Hering			75	„
3 kleinere Heringe zusammen			100	„
Ackerbohnen das Pfund			200	„

Der Preis für Reis wird noch bekannt gegeben.

Verkaufszeiten:

für **Butter** am **Dienstag** und den folgenden Tagen,
für **Heringe** am **Mittwoch** u. den folgenden Tagen,
für **Graupen und Reis** am **Donnerstag** und den folgenden Tagen,
für **Kunsthonig** am **Freitag** u. den folgenden Tagen,
für die übrigen Waren im Laufe der ganzen Woche.

Verkaufsstellen:

für **Heringe:** Knuf, Konsum-Genossenschaft Eintracht*, Blumberg*, Wübbeling*, van Londen*, Teuwsen, Brauns Importhaus, Riepenhoff, Blömker*, Hendricks, Goedhardt Jak.*, Wm. Pico, Metzger, Honsel Joh., Büdding, Honsel Ant., Giesers Engb., Fennecker, Hötger, Jansen, Ketteler, Backmann, Luer, Lobner, Pesenacker, Telake, Rappers, Klein-Wiele Bd., Sinnack, Aßhoff, Jungkamp.

In den mit einem * bezeichneten Geschäften sind auch kleine Heringe zu haben.

für die übrigen Waren siehe Rückseite des Lebensmittelbuches.

Bocholt, den 5. Juli 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die **bisherigen Reichsreisebrotmarken bis zum 1. August ds. Js. Gültigkeit** haben.

Bocholt, den 5. Juli 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Das Reichsarbeitsministerium, Abteilung für soziale Kriegsbeschädigten- und -Hinterbliebenenfürsorge teilt mit, daß die Nachfrage nach den vom Reichspostministerium zugunsten der Kriegsbeschädigtenfürsorge herausgegebenen Wohlfahrtsmarken derartig groß war, daß das Reichspostministerium bereits eine zweite Auflage in Höhe der ersten ausgegeben hat. Es ist anzunehmen, daß damit auch die in der Presse wiederholt zum Ausdruck gelangten Klagen der Oeffentlichkeit über nicht genügende Belieferung der Postämter mit den Wohlfahrtsmarken bezw. das Verschwinden der Marken in den Handel zum Verstummen gelangen werden.

Kreisausschuß für die Kriegsbeschädigtenfürsorge des Kreises Borken.

Der Vorsitzende:
gez. Graf von Spee, Landrat.

Aufruf an die Landwirte!

Bekanntlich ist die Not der Bevölkerung vor der neuen Ernte am größten. Es fehlt vor allem an Kartoffeln. Ich bitte daher dringend alle Landwirte, jede noch verfügbare, auch die geringste Menge abzuliefern. Es haben sich bei mir eine Anzahl Familien gemeldet, die ohne Kartoffeln sind. Ich wende mich daher an alle einsichtsvollen Landwirte, die ein mitfühlendes Herz haben, die Not dieser Leute zu mildern. Gedenket der hungernden Kinder! Nur durch praktische Betätigung können die Gegensätze der sozialen Schichten überbrückt werden.

In einzelnen Gemeinden hat auch die Ablieferung der Eier für unsere Kranken, stillenden und hoffenden Frauen und Kinder nachgelassen. Wenn auch das Wetter und Futtermangel ungünstig eingewirkt haben, so fehlt es bei manchen an dem guten Willen. Ich bitte auch vor wie nach die Lehrpersonen, sich mit allem Eifer der guten Sache zu widmen.

Rhede, den 2. Juli 1919.

Der e. Amtmann: Schöttler.

Freibank.
Heute, den 7. Juli, nachmittags 2 Uhr: Nr. 1872—1959 und 1—70.
Nur gegen Fleischmarken.

Wir suchen verkäufl. Häuser
an beliebigen Plätzen, mit und ohne Geschäft, behufs Unterbreitung an vorgemerkte Käufer. Besuch d. uns kostenlos. Nur Angebote von Selbsteigentümern erwünscht an den Verlag d.

Vermiet- u. Verkaufszentrale
Geschäftsstelle **Hannover, Roonstraße 17.**

POAL
zur Vertilgung von Ratten und Mäusen.
Drogerie Bruns,
Nordstr. 22. Fernruf 113.

Kleine elektrische Lichtanlage
mit kleinem Motor zu verkaufen.
Felix Ahlers.

Junger Mann sucht zum 1. August
Kost und Logis
in bürgerlichem Hause.
Angebote unter **B. 343** an die Geschäftsst.

Zahle hohe Preise für getrag. Herren-, Damen-, Kinderkleider u. -Schuhe.
Möbel und ganze Nachlässe werden an- u. verkauft.
AltHandlg. Schmellenkamp, Wesel, Hindenburgstr. 81.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern morgen unsern guten Onkel

Joseph Günsing

zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Er starb nach längerer, geduldig ertragener Krankheit, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel und gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente im 87. Lebensjahre.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

die trauernden Angehörigen.

Rhede, den 5. Juli 1919.

Das hl. Seelenamt findet statt zu Rhede am Mittwoch, dem 9. Juli, morgens 8½ Uhr, danach die Beerdigung vom St. Vinzenzhospital aus, wozu hiermit frdl. eingeladen wird.

Das Jahres-Seelenamt
für den verstorbenen
Herrn Carl Wink
findet statt am Dienstag, dem 8. d Mts., morgens 7¾ Uhr in der St. Georgiuskirche, wozu Verwandte und Bekannte freundl. eingeladen werden.

Das Sechswochen-Seelenamt
für den verstorbenen Webermeister,
Herrn Joseph Ehlting
findet statt am Dienstag, dem 8. d. Mts., morgens 8 Uhr in der Liebfrauenkirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

Bekanntmachung.

Wegen dringender Arbeiten an der Brunnenanlage des Wasserwerkes kann das Pumpwerk am Dienstag, dem 8. d. Mts. von morgens 4 Uhr bis voraussichtlich mittags 12 Uhr kein Wasser fördern. Es wird gebeten, während dieser Zeit **jegliche Wasserentnahme für Hausgebrauch, Gartenbesprengungen, Badezwecke usw.** einzustellen und dafür am Tage vorher eine entsprechende Menge auf Vorrat zu entnehmen. Der Vorrat des Wasserturms wird während der Abstellzeit ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Betriebe und für die Feuersicherheit der Stadt benötigt.

Bocholt, den 7. Juli 1919.

Städt. Licht- und Wasserwerke.

Für vorübergehende Beschäftigung (etwa 6 Monate) **3 schreib- und rechengewandte jüngere**

Kräfte gesucht.

Schriftliche Gesuche nebst Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind unter Angabe der Gehaltsansprüche zu richten an die

Kreisgetreidestelle Borken.

Guter Rotwein

erhältlich.
Mk. 11.— per Flasche einschl. Steuer.
Gesellschaft Eintracht e. V.
Weinhandlung.

Wagen aller Art

repariert während der Nacheichung
Joh. Onstein
Nordstr. 34—36 Fernruf 381.
Großes Lager in Wagen, Maße und Gewichten.

Verpachtung.

In den Gemeinden **Lowick** und **Dingden (Lankern)** sollen

mehrere Wiesen-, Weiden- und Ackergrundstücke

neu verpachtet werden. Bewerber wollen sich wenden an die

Fürstlich Salm-Salm'sche Rentei in Bocholt.

Mobilar-Verkauf.

Am Mittwoch, dem 9. Juli ds. Js., vorm. 9 Uhr beginnend werde ich im Saale der Frau Wwe. Fr. Reidick hier, im freiw. Auftrage für Rechnung derer, die es angeht, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern:

1 kompl. Schlafzimmer bestehend aus: 2 Bettladen mit Matratzen, 1 Waschtoilette mit Marmorplatte, Spiegel, 2 Konsole mit Marmorplatte, 1 Kleiderschrank, 2 Stühle und Handtuchhalter, ferner 1 Federbett (Daunen) Küchen- und Kleiderschränke, Kommoden, Tische, Stühle, 1 Sofa, 1 Sessel, Spiegel, Bilder, Bettladen mit und ohne Matratzen, Waschtisch, Teppich, 1 Teppichbürste, leinene Bettücher, Bettspreiten, Gartenstühle, Liegesessel, 1 Ruderapparat, 1 Wandbücherreal (Eiche), 1 Badewanne, 1 Badebecken, sowie sonstige Haus- und Küchengeräte.

Die Sachen sind gebraucht, jedoch gut erhalten, Besichtigung 2 Stunden vor dem Verkauf.

Bocholt, den 5. Juli 1919.

Johann Kölle,
Auktionator,
Fernsprecher 509.

Freiwill. Versteigerung.

Am Donnerstag, dem 10. ds. Mts., nachm. 2 Uhr werde ich im Auftrage und an der Wohnung des Hermann Schmeink, Stenerner Weg 27, Nähe Borgers Fabrik, wegen Aufgabe der Haushaltung öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkaufen:

1 Kleiderschrank, Glasschrank, Tische, Stühle, Spiegel, 1 Bettlade mit Matratze und kompl. Bett, 2 weiße Kochherde, 1 Wanduhr, Mantelstock, Glas, Porzellan, sowie sonstige Haus- und Küchengeräte.

Die Sachen sind gebraucht, jedoch sehr gut erhalten, Besichtigung 2 Stunden vor dem Verkauf.

Bocholt, den 5. Juli 1919.

Johann Kölle,
Auktionator,
Fernsprecher 509.

Wenn Kleidung fehlt

laßt die gebrauchte für wenig Geld chemisch reinigen oder färben.

Sie wird wie neu!

Rücklieferung schnellstens.

Größte Dampf-Kleiderfärberei und chem. Waschanstalt
Bocholt - Stenern.
Versand-Kontor und Annahme: Hohenzollernstraße und in den bekannten Annahmestellen.

Achtung! Radfahrer!

Wollen Sie wieder leicht u. sicher fahren,
dann lassen Sie Ihr **Fahrrad** mit
prima Gummi
erneuern.
Führe stets Lager in erstklassigen Mänteln und Schläuchen.
Felgen werden schnellstens umgespannt.
Großes Lager in Fahrrad-Zubehör.
August Schulz,
Automobil- und Fahrradhaus,
Rhede. **Rhede.**

Bei
Hals- u. Lungenleiden
aller Art, wie Katarrhen, tuberkulösen Erkrankungen, Husten u. s. w.,
Rotolin-Pillen
Garantie, Verschleierung, Aerzte!
Versand durch Fleck & Co., Berlin SW. 68.
Ständige Niederlage in Bocholt: Löwen-Apotheke.



Silber glänzend Mir oder Mich?

Vorzügl. Lehrbuch d. deutschen Sprache 2. Rechnen 3. Schönschreiben 4. Rundschrift 5. Stenographie Stolze-Schrey 6. Maschinenschreiben 7. Buchführung (einf., doppelt, amerik.) 8. D. Rechtsanw. 4. Hause 9. Briefsteller 10. Rechtschreiblehre 11. Fremdwörterbuch 12. Geographie 13. Gut Englisch 14. Gut Französisch 15. Der gute Ton 16. Kochbuch. Löwenzügl. Lehrbücher, jed. M. 21, einzeln M. 1,40 Nachn. F. Schwartz & Co., Berlin 14 Wir liefern auch jedes andere Buch

---

wird jeder Ofen bei Verwendung von

Kosak

—Staubfreier Ofenglanz—

Alleiniger Hersteller:
Carl Gentner, Göppingen (Württbg.)

Möbel-Transport

nach Auswärts in geschlossenen Möbelwagen per Bahn und per Achse übernimmt unter Garantie tadelloser Ausführung

Paul Feind
in Firma Franz Schwenken,
Bahn- und Möbel-Transport, **Borken i. W.**

Anordnung

über Höchstpreise für Käse und Quark.

Auf Grund des § 3, Absatz 1 der Verordnung des Bundesrats über Käse vom 20. Oktober 1918 (R.-G.-Bl. S. 1179), des Erlasses des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 2. Juni 1918 A. II. 4529 und des Erlasses des preußischen Herrn Staatskommissars für Volksernährung vom 14. Juni 1918 VIb. 1736 bestimme ich mit Genehmigung des Reichsernährungsministeriums folgendes:

1.

Meine Anordnung über Höchstpreise für Käse vom 23. September 1918 3952 III. K. wird aufgehoben.

2.

Der § 1 Ziffer III meiner „Bekanntmachung betr. Höchstpreise für Käse" vom 1. Dezember 1917 enthält folgenden Wortlaut:

	Herstellerpreis für 50 kg in Mark	Großhandelspreis für 50 kg in Mark	Kleinverkaufspreis für 0,5 kg in Mark
Quark- u. Quarkkäse			
1. Speisequark mit einem Wassergehalt von höchstens 75 v. H.	100	—	1,15
2. Gepreßter Quark, (Rohstoff für Quarkkäse) mit einem Wassergehalt von höchstens 68,5 v. H.	120	—	—
3. Labquark (Süßmilchquark) mit einem Wassergehalt von höchstens 60 v. H.	130	—	—
4. Frischer, leicht angereifter Quarkkäse (Harzer, Mainzer-, Spitz-, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse)	150	175	2,00
5. Gereifter Quarkkäse (Harzer-, Mainzer-, Spitz-, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse) mit einem weißen Kern von höchstens ⅔ der Schnittfläche	165	195	2,30
6. Gereifter nach Lassen'schen Verfahren hergestellter Quarkkäse	170	185	2,15

3.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Münster, den 7. Juni 1919.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen.
J. V.: gez. Kirchner.

Vorstehende Anordnung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Borken, den 23. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Papier-Servietten, Tischläufer

J. & A. Temming.

Unfehlbar
wird Ungeziefer, wie Flöhe, Läuse, Wanzen, Schwaben, Russen 2c. vernichtet durch unsere Spezialpräparate.
Gebr. Steiner,
Drogerie
zum weißen Kreuz.
Fernruf 257. Gegr. 1893

Schultafeln
vorrätig.
J. & A. Temming.

10000 Ko.
3er Papiergarn
schwedisch weiß Sulfit zu M. 0,90 per Kilo,
4800 Ko.
4er Papiergarn
hell Sulfit zu M. 1,10 p. Ko zu verkaufen.
Angebote u. **D. S. 3668** an **Ann.-Exped. Emil Schellmann, M.Gladbach.**

Wie ein Wunder
beseitigt
San.-Rat Dr. Strahls **Hautsalbe**
jeden Hautausschlag, Flechten, Hautjucken, besond. Beinschäden, Krampfadern der Frauen u. dergl.
In Orig.-Dosen Mk. 4.50 u. Mk. 7.50 erhältl. in der **Elefanten-Apotheke, Berlin SW. 19/41.**

Tüchtige
Putzarbeiterin

mit guten Empfehlungen gesucht.
R. Löwenstein, Wesel.

---

2 Fräulein

suchen für die Ferienzeit einfachen Aufenthalt, am liebsten im ländlichen Haushalt. Ang. mit Preisangabe unter **C 5530** an die Geschäftsstelle.

Wegen Erkrankung des jetzigen, jüngeres, ungelerntes
Mädchen
gesucht (Dauerstellung)
Nordstraße 59 II,
(Toreingang).

Wegen Heirat des jetzigen suche zum 1. November oder früher ein braves, zuverlässiges
Mädchen
für Küche und Hausarbeit Wäsche außer dem Hause
Frau Wilh. van Essen, Emmerich, Kaßstr. 58.

Mädchen

vom Lande, welches auch melken kann, zum 1. Aug. oder später auf einem Gut gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Kath. Mädchenschutzverein Bocholt.
Ein ordentliches
Mädchen
im Alter von 18 Jahren, **nach Suderwick gesucht.**
Offerten unt. **C 5543** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen

sucht für Nachmittags **Beschäftigung im Flicken.**
Näheres Geschäftsstelle.

Nachtwächter

gesucht.
Gebr. Schwartz.

Heizer

gesucht.
Gebr. Schwartz.

Ein
Junge

von 16 Jahren sucht Stellung auf dem Lande. Derselbe ist mit sämtl. landwirtsch. Arbeiten vertraut.
Brockendorf 573.

Wir suchen verkäufliche
Häuser
mit und ohne Geschäft, **Villen, Fabriken, Höfe** und **Landstellen** an allen Orten zwecks Unterbreitung an vorgemerkte Käufer. Besichtigung **kostenlos.**
C. H. Hülsse & Co., Hannover.

Wohnung

mit 8—10 Räumen spätestens zum 1. April 1920 gesucht.
Gewerberat Müller, Hembener Weg 8.

Unmöbliertes
Zimmer

im Mittelpunkt der Stadt (Paterre) für Hohlsaumnäherei zu mieten gesucht.
Offerten unter **B. 342** an die Geschäftsstelle.

Deutsche Turnerschaft.
Kreis VIIIb. Ruhrgau.
Turnverein Bocholt e. V.
Frauen-Abteilung.

Die Mitglieder der Frauen-Abteilung werden zu einer
wichtigen Besprechung
auf **Montag, 7. d. M., abends 8 Uhr** in der Turnhalle freundlichst eingeladen.

Der Turnrat.

St. Georgius-Schützen-Verein.

Montag, den 14. Juli 1919, abends 8½ Uhr:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1) Aufnahme neuer Mitglieder.
2) Mitteilungen.

Der Vorstand.

Krieger-Verein Rhede.

Unser Veteran
Joseph Günsing
ist gestorben. Antreten der Kameraden um 8¼ Uhr im Vereinslokale.

Der Vorstand.

Ein schweres, tragendes
Pferd

zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Ein schwarzbuntes
Mutterkalb
zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Schaf

zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

---

2 schöne weiße
Kaninchen

(8 Monate alt) zu verkaufen.
Kaiser Friedrichstr. 14.

Freitag abend bei Temming, Nordstraße
Geld und Photographie verloren.
Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsst.

Auto-Brille

zwischen Tenking u. Rhede **verloren.**
Gegen Belohnung abzugeben
Haus Tenking oder **Bismarckstr. 23.**

---

50 Mark Belohnung

zahle ich demjenigen, welcher mir den oder die Täter angibt, die mir in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag die Hühner und Kaninchen gestohlen haben, daß ich sie gerichtlich belangen kann.

Johann Beusker,
Werther Chaussee 520/6.